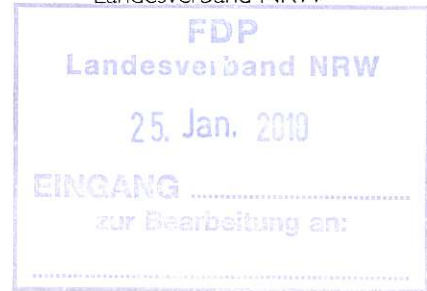




Verband Bildung und Erziehung  
Landesverband NRW



VBE - Verband Bildung und Erziehung - Westfalendamm 247 - 44141 Dortmund

FDP Landesverband NRW  
Herrn Vorsitzenden  
Prof. Dr. Andreas Pinkwart  
Sternstr. 44  
40479 Düsseldorf

*nachrichtlich Frau Ingrid Pieper-von Heiden MdL,  
schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion*

Dortmund, 19.01.2010  
Be./Kei.

## Landtagswahl 2010

Sehr geehrter Herr Prof. Pinkwart,

mit dem heutigen Tag erhalten alle im Landtag NRW vertretenen Parteien die Wahlprüfsteine der Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE NRW).

Ich bitte um Ihre Stellungnahme bis spätestens 25.02.2010.

Die Ergebnisse Ihrer Antworten werden wir in unserer Verbandszeitschrift „Schule heute“ veröffentlichen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung unter [info@vbe-nrw.de](mailto:info@vbe-nrw.de).

Mit freundlichen Grüßen

Udo Beckmann  
Vorsitzender

- Anlage

Westfalendamm 247  
44141 Dortmund

Tel. 0231/42 57 57 0  
Fax 0231/42 57 57 10  
email: [info@vbe-nrw.de](mailto:info@vbe-nrw.de)  
<http://www.vbe-nrw.de>



Verband Bildung und Erziehung  
Landesverband NRW

## Wahlprüfsteine des VBE zur Landtagswahl NRW 2010

### I. Teil: Schul- und Bildungspolitik

#### **1. Für mehr Bildungsgerechtigkeit**

Zahlreiche nationale und internationale Studien der letzten Jahre belegen, dass die Struktur unseres Bildungssystems Ungerechtigkeiten beinhaltet und manifestiert. Insbesondere Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und Kinder aus bildungsfernen Schichten werden dadurch benachteiligt. Daran haben auch die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung z.B. die „Qualitätsoffensive Hauptschule“ nichts verändert.

Welche Veränderungen in der Struktur unseres Bildungssystems werden Sie vornehmen, um diese Ungerechtigkeiten und die damit verbundenen sozialen Ausgrenzungen zu überwinden?

Wie wollen Sie angesichts der demografischen Entwicklung wohnortnahe und umfassende Bildungsangebote gewährleisten?

#### **2. Umsetzung von Artikel 24 der UN-Konvention (Inklusion)**

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dem dazu gehörigen Fakultativprotokoll haben sich die Bundesrepublik Deutschland und die einzelnen Bundesländer verpflichtet, umfassende Maßnahmen auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft und im speziellen in ein „inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen“ zu unternehmen. Vor diesem Hintergrund wird die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, in dem alle Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen können, die zentrale Aufgabe der Schul- und Bildungspolitik der nächsten Jahre sein.

Wie sieht das Konzept Ihrer Partei für die Umsetzung einer inklusiven Schulbildung aus und welche finanziellen sowie personellen Ressourcen werden Sie dafür bereitstellen? Welchen Stellenwert messen Sie in diesem Prozess den Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung bei und wie werden Sie die Einhaltung sonderpädagogischer Standards gewährleisten?

### **3. Gleichwertigkeit der Lehrämter**

Mit dem Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung (Mai 2009) wurde die Gleichwertigkeit der Lehrämter fest geschrieben. Damit ist NRW dem Beispiel erfolgreicher europäischer Länder gefolgt und qualifiziert die Lehrkräfte für alle Altersstufen und Schulformen durch ein gleich langes und gleichwertiges Studium.

Werden Sie sicherstellen, dass diese im Gesetz festgeschriebene gleichlange und gleichwertige Lehrerausbildung stringent umgesetzt wird?

### **4. Stärkung des Elementarbereichs**

Der Elementarbereich bildet das Fundament für ein erfolgreiches Lernen. Dieser Erkenntnis hat man in NRW mit der stärkeren Berücksichtigung des Bildungsbegriffs im Ki-Biz Rechnung getragen.

Wie will Ihre Partei verbindliche Qualitätsstandards für alle Kindertageseinrichtungen, ein hohes Maß an Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte und den dringend notwendigen Ausbau einer qualifizierten U-3-Betreuung sicher stellen?

### **5. Weiterentwicklung der Bildungsvereinbarung und Neugestaltung des Übergangs vom Elementar- zum Grundschulbereich**

Seit dem 10.11.09 liegt ein Diskussionsentwurf über die „Empfehlungen zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in NRW“ vor. Diese erweiterte Bildungsvereinbarung enthält wesentliche Empfehlungen für die zukünftige Förderung von Kindern in den Bereichen Betreuung, Erziehung und insbesondere Bildung. Durch die damit verbundenen inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Veränderungen, aber auch durch die unterschiedliche Rechtsstellung und Aufsichtsstruktur der beiden beteiligten Institutionen werden Kindertagesstätten und Schulen vor große Herausforderungen gestellt.

Welche Strukturen werden Sie schaffen, um die Arbeit in diesen Bereichen erfolgreich zu verzahnen?

Wie wollen Sie gewährleisten, dass die in den Empfehlungen beschriebenen pädagogischen Grundlagen und allgemeinen Bildungsziele flächendeckend erfolgreich umgesetzt werden und welche Ressourcen werden Sie dafür den beiden beteiligten Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen?

### **6. Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote**

Ganztagsangebote dürfen nicht nur dem Aspekt der Betreuung Rechnung tragen. Damit sie einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung leisten können, müssen sie eine sinnvolle und altersgemäße Rhythmisierung und eine ganzheitliche sowie individuelle Förderung ermöglichen.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot in allen Schulformen mit qualifizierten und unterschiedlichen pädagogischen Professionen gewährleistet wird?

## II. Teil: Berufspolitik

### **7. Pädagogische Berufe verdienen Anerkennung und Wertschätzung**

Die Wertschätzung pädagogischer Berufe ist in NRW und in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nicht vorhanden. Dazu haben auch die populistischen Äußerungen einiger Politiker beigetragen.

Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um das Ansehen der päd. Berufe in NRW positiv zu beeinflussen?

### **8. Sonderaltersgrenze für Lehrerinnen und Lehrer**

Die Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte wird analog der Regelung des Rentenrechts auf 67 Jahre erhöht. Dies bedeutet nach bestehender Rechtslage, dass Lehrerinnen und Lehrer bis Ende des Schulhalbjahres nach Vollendung des 67. Lebensjahres arbeiten müssen. Angesichts der besonderen psychischen und physischen Belastungen der Lehrkräfte fordert der VBE nicht nur eine Gleichbehandlung mit den übrigen Beamten, sondern eine besondere Altersgrenze für Lehrkräfte.

Wird Ihre Partei die Forderung des VBE unterstützen?

### **9. Altersteilzeit fortführen**

Die Altersteilzeit für Lehrkräfte eröffnet nachweislich Perspektiven länger gesund und damit länger in der Schule zu bleiben, einen individuellen Übergang in den Ruhestand zu wählen und gleichzeitig Einstellungsmöglichkeiten für den Lehrernachwuchs zu schaffen.

Wird Ihre Partei sich für die Fortführung der Altersteilzeit im Lehrerbereich einsetzen?

### **10. Bildungsqualität erfordert qualifizierten Lehrernachwuchs**

Bereits jetzt besteht erheblicher Lehrermangel. Im Sek. I – Bereich insbesondere an Haupt- und Förderschulen gibt es kaum noch ausgebildete Bewerber/innen. Hinzu kommt, dass es durch die demografische Entwicklung künftig einen noch stärkeren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt um junge qualifizierte Menschen geben wird.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass in ausreichender Zahl qualifizierter Lehrernachwuchs für alle Schulformen zur Verfügung steht?

### **11. Schulleitertätigkeit attraktiver gestalten**

Insbesondere im Grundschulbereich müssen Schulleitungsstellen mehrfach ausgeschrieben werden, bevor sich eine Bewerberin oder ein Bewerber findet. Im Bereich der Haupt- und Förderschule stehen in der Regel nur ein/e Bewerber/in für eine ausgeschriebene Stelle zur Verfügung. Ursachen sind aus Sicht des VBE geringe Besoldung, unzureichende Leitungszeit, bei gleichzeitig hohen Anforderungen.

Welche Überlegungen haben Sie, diese Problematik zu lösen?

## **12. Zeit für Schulentwicklung und Teamarbeit**

Die zeitlichen Herausforderungen für die nicht unterrichtlichen Tätigkeiten haben stark zugenommen. Unzählige Beauftragungen und Arbeitsgruppen nehmen einen großen zeitlichen Anteil in Anspruch. Die dafür zur Verfügung stehenden Anrechnungsstunden reichen nicht aus. Dies gilt insbesondere für die Grundschule. Einer dreizügigen Grundschule (278 Kinder) stehen für das gesamte Kollegium nur zwei Anrechnungsstunden zur Verfügung.

Welche Konzepte hat Ihre Partei, um diese Situation zu bereinigen?

## **13. Arbeits- und Gesundheitsschutz eine wesentliche Aufgabe des Arbeitgebers**

Nur physisch und psychisch gesunde Lehrkräfte können auf Dauer den Bildungs- und Erziehungsauftrag wahrnehmen und Schule weiterentwickeln. Obwohl allen Verantwortlichen bewusst zu sein scheint, dass der Erhalt und die Förderung von Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern sich – auch im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes – langfristig nur präventiv erreichen lassen, müssen stattdessen immer mehr Aufgaben wahrgenommen werden mit der Folge, dass die Belastungen rasant zunehmen. Außerdem wurden die EU-Richtlinie „Gesundheit am Arbeitsplatz“ und das Arbeitsschutzgesetz für den Schulbereich in NRW bislang nur unzureichend umgesetzt. Insbesondere im Bereich der Prävention sieht der VBE NRW dringenden Handlungsbedarf.

Wie wollen Sie umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Schulen sichern?

## **14. Arbeitsplätze - zwingende Voraussetzung für Gesundheitsförderung und Qualitätsentwicklung**

In NRW ist der Ausbau von Halbtagschulen zu Ganztagschulen in den letzten 4 Jahren stark voran getrieben worden. Geldmittel sind vorwiegend für die verbesserte Raumsituation von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt worden. Es hat so gut wie keine Investitionen in die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte gegeben. Nach Auffassung des VBE, sind insbesondere im Ganztagsbetrieb persönliche Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen zwingend erforderlich. Ihre Einrichtung ist Voraussetzung für die effektivere Erfüllung der pädagogischen Aufgaben und somit ein entscheidender Punkt, Schulentwicklung möglich zu machen. Der Ganztagsbetrieb ohne Lehrerarbeitsplätze führt dazu, dass für Lehrkräfte ein Wechsel zwischen be- und entlastenden Anforderungen während ihrer verlängerten Anwesenheitszeiten in den Schulen nicht gegeben ist. Dies hat eine erhebliche Mehrbelastung und Gesundheitsbeeinträchtigung der Lehrkräfte zur Folge und vermindert die Chance auf eine Verbesserung der Qualität der pädagogischen Arbeit.

Werden Sie nach der Wahl Land und Kommunen in die Pflicht nehmen und Lehrerarbeitsplätze in den Schulen schaffen?

### III. Teil: Allgemeines:

#### **15. Finanzierung kommender Aufgaben**

Die Finanzdecke der Kommunen wird zunehmend dünner, mehr und mehr Kommunen unterliegen der Haushaltssicherung. Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, Bildungseinrichtungen, Sozial- und Jugendhilfe sowie die Träger der Arbeitsförderung und damit die Einrichtungen, die den sozialen Zusammenhalt wahren sollen, zu finanzieren.

Welche Konzepte hat Ihre Partei, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu lösen und sie finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können?

#### **16. Schuldenbremse**

Durch die Aufnahme der Schuldenbremse für die Länder in das Grundgesetz wird deren finanzieller Spielraum stark verengt.

Wie wollen Sie vor diesem Hintergrund sicherstellen, dass im Schulbereich die demografischen Gewinne im System verbleiben und nicht zur Haushaltssanierung genutzt werden?

*Dortmund, 22.01.2010  
gez.  
Udo Beckmann  
Vorsitzender VBE NRW*